



Kiel, 12. Juli 2017

Nr. 178 /2017

Dr. Ralf Stegner

Recht auf friedliche Demonstration sichern – null Toleranz bei Gewalt

Zu den Konsequenzen aus dem G20-Gipfel in Hamburg und den schweren Ausschreitungen in Hamburg reicht die SPD-Landtagsfraktion einen Alternativantrag zu dem der Regierungsfractionen ein. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner:

Es gibt in einem demokratischen Rechtsstaat keinerlei Rechtfertigung für Gewalt. Das gilt unabhängig davon, ob die Gewalttäter sich auf linksextreme, rechtsextreme oder sonstige Begründungen berufen.

Wir danken den Polizistinnen und Polizisten, die unter schwierigsten Bedingungen, zum Teil unter Lebensgefahr, den Rechtsstaat sowie das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf körperliche Unversehrtheit verteidigt haben. Wir wünschen allen, die körperlich zu Schaden gekommen sind schnelle Genesung.

Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen, deren Fahrzeuge, Geschäfte und anderes Eigentum beschädigt oder zerstört wurden, schnell und unbürokratisch entschädigt werden.

Das Recht auf Demonstrationsfreiheit darf nicht deshalb eingeschränkt werden, weil es auf brutale Weise missbraucht wurde.

Wir akzeptieren keine billigen Schuldzuweisungen an den Hamburger Senat unter Führung von Olaf Scholz. Die Verantwortlichen sind diejenigen, die Gewalttaten begangen haben oder die dazu aufgerufen haben. Die politische Aufarbeitung liegt jetzt bei der Hamburger Bürgerschaft.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Es ist dringend erforderlich, dass der zuständige Bundesinnenminister Initiativen ergreift, dass sich Sicherheitsbehörden in Europa vernetzen, um reisende Gewalttäter und Hooligans zu registrieren und konsequent zu verfolgen. Dadurch können Gewaltexzesse wie in Hamburg für die Zukunft verhindert werden.